

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonell-Beile 50 Reichsmark angelegen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wenz. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

### Mißbrauch des Hilfsdienstgesetzes.

In diesen Tagen ging eine Notiz durch die Presse, nach der eine Berliner Kohlenfirma versuche, durch irreführende Angaben aus den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes Arbeiter widerrechtlich an ihren Betrieb zu fesseln. Durch einen Plakatausgang erweckte sie den Anschein, als ob kein Arbeiter, unter keinen Umständen, berechtigt sei, bei ihr das Arbeitsverhältnis zu kündigen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit einer Geldbuße bis zu 10 000 M. bestraft zu werden. Die Arbeiter sollten glauben, sie müßten mit jeder von der Firma angeordneten Lohnfestsetzung, Arbeitszeit usw. zufrieden sein. Diese Art des Täuschungs- und Einschüchterungsversuches wurde mit Recht als ein Mißbrauch des Hilfsdienstgesetzes bezeichnet.

Dieser Vorgang, dem ähnliche an die Seite gesetzt werden könnten, beweist, wie begründet die von Arbeitern ausgesprochene Befürchtung war, daß Unternehmer versuchen würden, das Gesetz als Knebel für die Hilfsdienstpflichtigen zu benutzen. In der „Deutschen Tageszeitung“ (Nr. 27) wurde solche Annahme als durchaus hinfällig bezeichnet. Das genannte Blatt druckte nun auch die vorstehend erwähnte Notiz ab. Danach könnte es scheinen, als ob es ebenfalls dergleichen Mißbräuchen abhold sei. In ihrer vorausgegangenen Nummer (Nr. 26) veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ jedoch unter der Überschrift „Der Abkehrschein im landwirtschaftlichen Betriebe“ eine sogenannte Betrachtung von Rechtsanwalt Ernst Böttger (Berlin), in der Anweisungen über die Verweigerung von Abkehrscheinen gegeben werden, deren Befolgung zweifellos eine Benachteiligung der Arbeiter und eine unzulässige schwere Belastung der Schlichtungsstellen im Gefolge haben würden.

Zu den aufgeführten Fällen, in denen der Abkehrschein verweigert werden soll, gehören u. a. die folgenden:

„Wenn der freiwillige Uebertritt in einen andern landwirtschaftlichen Betrieb unter Aufhebung eines Arbeitsvertrages aus „einem wichtigen Grunde“ (auch bei verbesserten Arbeitsbedingungen, weil die Verbesserung der Arbeiter oft nicht beurteilen kann) vor Ablauf der Vertragszeit vollzogen wird; wenn es sich um landwirtschaftliche Berufarbeiter handelt, die „aus einem wichtigen Grunde“ zum Gewerbebetrieb übergehen. Der landwirtschaftliche Berufsarbeiter muß der Landwirtschaft als unentbehrlich erhalten bleiben.“

Dazu wird noch weiter begründend bemerkt:

„Der landwirtschaftliche Arbeiter wird vielleicht durch die höheren Löhne gelockt, er unterschätzt aber die Vorteile der Naturalabkündigung und hat infolgedessen kein Augenmaß für die soziale Besserstellung in seinem altgewohnten Berufskreise.“

Nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes darf der Arbeiter sein Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig kündigen, wenn ihm Gelegenheit geboten ist, eine Beschäftigung unter günstigeren Bedingungen als die ihm bisher zugestanden zu übernehmen. Dieses gewährleistete Recht soll dem landwirtschaftlichen Arbeiter allgemein fristlich gemacht werden, indem man ihm selbst die Beurteilung darüber entzieht, ob andre Arbeitsbedingungen günstiger sind oder nicht. Das Worturteil soll zunächst dem Landwirt zustehen, der natürlich die Naturalabkündigung und die „soziale Besserstellung“ auf dem Lande recht hoch einschätzen wird, wie schon satfam aus den angeführten Anweisungen hervorgeht. Und man erwartet auch wohl, daß die Schlichtungsstellen die Anweisungen ebenfalls als maßgebend betrachten. Die Anerkennung des aufgestellten Grundgesetzes könnte aber zu verwirrenden und die geschäftliche Erledigung der Streitfälle sehr erschwerenden Umständen führen. Die gewerblichen Unternehmer könnten z. B. verlangen, daß ihre eventuellen „Wohlfahrtseinrichtungen“, die besseren Wohnungsverhältnisse in der Stadt, die größeren gewerkschaftlichen Rechte der gewerblichen Arbeiter, bessere Bildungsmöglichkeiten usw. als hohe soziale Werte bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen eingeschätzt würden. Jedenfalls droht den Schlichtungsstellen aus der agrarischen Anweisung eine Arbeitsbelastung, die nicht dem Interesse einer gedeihlichen Wirksamkeit liegt. Schon aus diesem technischen Grunde, vornehmlich jedoch um zu verhindern, daß den Arbeitern aus der Befolgung der Anweisung Schäden und Belästigungen erwachsen, wird es notwendig sein, daß das Kriegsamt allgemeine Grundsätze über die Wertung der Naturalabkündigung aufstellt und dazu bestimmt, daß die Landwirte dem Arbeiter jeden Schaden zu ersetzen haben, der diesem aus falscher Anwendung jener Grundsätze und widerrechtlicher Verweigerung des Abkehrscheines erwachsen.

Auch dem Versuch, für die Landwirtschaft ein Sonderrecht festzusetzen, das den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes widerspricht, muß entschieden widersprochen werden. Die Inanspruchnahme eines Sonderrechts liegt vor in dem Versuch, landwirtschaftlichen Arbeitern die Uebernahme gewerblicher Tätigkeit unter allen Umständen zu versagen, auch dann, wenn sie ganz zweifellos erheblich bessere Arbeitsbedingungen erlangen könnten.

Die agrarischen Anweisungen haben offensichtlich den Zweck, den landwirtschaftlichen Arbeitern jede Möglichkeit zu unterbinden, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, diese den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Löhne der ungelerten gewerblichen Arbeiter sind im allgemeinen durchaus nicht so hoch, daß sie zu einer Landflucht besonders anreizen könnten, wenn eben auf dem

Land nur einigermaßen annehmbare, mit den veränderten Verhältnissen im Einklang stehende Arbeitsbedingungen geboten werden. Sie zu bieten, dazu sind die Landwirte dank der ihnen jetzt zukießenden bedeutend erhöhten Einnahmen für ihr Erzeugnisse gut in der Lage.

Wenn auf dem Lande vielfach irrige Ansichten über die Lage der gewerblichen Arbeiter vorherrschen, dann trägt die agrarische Presse dafür ein überreiches Maß von Schuld. Gerade sie war immer bemüht, durch falsche und irreführende Angaben den Anschein zu erwecken, als ob die Arbeiter in den Städten ganz allgemein Kleinlöhne verdienten — um damit zu beweisen, daß die Preise für Lebensmittel immer noch weiter erhöht werden könnten. Ja, wenn es darauf ankommt, Preisforderungen zu begründen, dann erscheint jeder gewerbliche Arbeiter in der Vorstellung der agrarischen Presse wie ein Kröfus; bekommen die durch dergleichen Schilderungen dann begehrlich gemachten landwirtschaftlichen Arbeiter die Lust, vom dem Herrenleben der Städter zu kosten, dann jedoch soll die Naturalabkündigung so hoch gewertet werden, daß dagegen die vielberufenen hohen Industriearbeiterlöhne verblassen. Gerade wie's trifft — immer zum Vorteil der Landwirte! Keinesfalls darf das Hilfsdienstgesetz dazu dienen, den Landwirten Sonderrechte einzuräumen, zur Befriedigung ihrer einseitigen Interessen, zum Nachteil der Arbeiter.

### Qualitätsarbeit und ungelernete Arbeiter.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich Deutschlands Industrie und Gewerbe schon seit Jahren in aufsteigender Kurve der Qualitätsarbeit zuwendet. Das gilt nicht allein von den Erzeugnissen der Handarbeit, sondern auch von denen der Maschinenarbeit in hohem Maße. Die Herstellung von Schund- und Schleuderwaren ist heute im maschinellen Großbetrieb nicht mehr in dem Umfange anzutreffen als zur Zeit seiner Einführung. Die technischen Fortschritte im Maschinenbau ermöglichten die Uebertragung des differenzierten Arbeitsprozesses auf die Maschine immer mehr. Zudem wußte eine geistig regsame und wirtschaftlich durchgebildete deutsche Arbeiterschaft sich den vervollkommenen Produktionsmethoden schnell anzupassen, was der Verfeinerung der Maschinenarbeit ebenfalls sehr zustatten kam. Aber gerade infolge des wirtschaftlichen Uebergangs vom Handwerksbetrieb zur Maschinenarbeit und ihrer Vervollkommnung gelangte der hochqualifizierte gelernte Handarbeiter im Laufe der Zeit stark ins Hintertreffen. Zur Bedienung der Maschinen und zu den Handgriffen, die der maschinelle Produktionsverlauf erforderlich macht, genügt vollauf ein Stab von ungelerten Arbeitern, der sich aus der Masse der billigeren, ungelerten Arbeiter für die Unternehmer rentabler erweist als aus den Reihen der freiverwerbenden gelernten Arbeiter. Demzufolge zeitigte das immer stärkere Eindringen der Maschinenarbeit in fast alle Berufsgebiete und die dadurch bedingte weitere Teilung im Arbeitsprozeß auch eine immer größere Zahl an ungelerten Arbeitern. Genau so verkehrt es aber ist, noch in unsrer Zeit schlechtweg von qualitativ minderwertiger Maschinenarbeit zu sprechen, genau so verkehrt ist das noch oft gehörte Worturteil, der ungelernete Arbeiter sei ohne weiteres ein qualitativ minderwertiger Arbeiter im allgemeinen Wirtschaftsbetriebe.

Hierfür ein Beispiel von vielen. In früheren Jahren verlief das Erzeugnis die Maschine als Schopf- und Dugendware; heute muß aber der Arbeiter jedes einzelne Stück von der Maschine sorgfältig und behutjam in Empfang nehmen. Auch bei der Verpackung und Beförderung der jeweiligen Warengattungen muß er heute, der höheren Warenqualität entsprechend, ganz anders verfahren; jedes einzelne Stück bedarf jetzt einer besonderen Umhüllung. (Es ist im gegebenen Falle an kleinere Gegenstände gedacht.) In Paketen oder Ballen muß jedes einzelne Stück eine feste Lage erhalten, damit ein Durcheinanderfallen der einzelnen Stücke beim Transport nicht zu befürchten ist. Bei Massenendungen muß aber auch der Packer (als ungelerneter Arbeiter) auf Grund der Gewichtstafel im voraus feststellen können, in wieviel Paketen, Ballen usw. sich der Versand am vorteilhaftesten ausführen läßt. Außerdem bestehen noch über Verpackung und Form der zum Versand kommenden verschiedenen Warengattungen so viele postfalsche, bahn- und zollamtliche Bestimmungen, daß der mit allen diesen Kenntnissen ausgestattete ungelernete Arbeiter dem gelernten Arbeiter an qualifizierter Arbeitsleistung kaum noch nachsteht. Im Verfolg der technischen Fortschritte in Handel, Industrie und Gewerbe hat sich auch unter den ungelerten Arbeitern ein Spezialistentum herangebildet, das so leicht erkennbar durch sogenannte „unqualifizierte“ Arbeiter heute nicht mehr ist. Auch der ungelernete Arbeiter muß eine gewisse Lehrzeit durchmachen, um die Fähigkeiten zu den jeweils einschlägigen Arbeiten zu erlangen. Die Lehrlinge in den ungelerten Berufen bilden wie in den gelernten Berufen die jugendlichen Arbeiter; sie werden den erwachsenen Arbeitern zu Hilfeleistungen beigegeben und finden so Gelegenheit, die technischen Arbeiten zu erlernen.

Durch die bereits weit vorgeschrittene Arbeitsteilung besteht für das Unternehmertum in der Großindustrie in der Regel überhaupt kein Qualitätsunterschied mehr in den verschiedenen Arbeitsleistungen. Der Lohn wird den Arbeitern vielmehr meist so bemessen, wie er ihn selbst einschätzt und eventuell ihn auch zu kämpfen versteht.

Die hemmenden Nachwirkungen des Krieges auf industriellem und gewerblichem Gebiet werden die Qualitätsarbeit voraussichtlich erheblich fördern. Das Haushalten mit den noch vorhandenen und nach dem Kriege wohl nur in geringem Umfange neu eintreffenden Rohstoffen dürfte der gesamten Produktion dahingehende Richtlinien weisen. Die Arbeiterschaft darf deshalb auch nach dem Kriege auf Berufseigenliebe keinen Anspruch mehr erheben; in unserm Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität hat ein solches Gebahren keine Existenzberechtigung mehr. Jeder erwachsene Arbeiter, ob „gelernter“ oder „ungelernter“ Arbeiter, ist an sich und für sich ein qualitativ schaffender Arbeiter: sei er Hand-, Maschinen-, Transport- oder Kopfarbeiter. Die Interessengemeinschaft muß den Arbeitern nach dem Kriege noch stärker zum Bewußtsein gebracht werden als je zuvor. H. B.

### Aus der Industrie

#### Zwangswise Organisierung der Zementfabrikanten.

Die Zementfabrikanten werden jetzt zwangsweise organisiert. Formell schließen sie sich freiwillig zusammen, tatsächlich treibt die Regierung die Fabrikanten in die regionalen Verbände und diese Verbände zur zentralen Zusammenfassung in eine einheitliche Organisation.

Ueber Grund und Zweck der Organisationsförderung in der Zementindustrie durch die Regierung haben wir wiederholt berichtet. Die einzelnen Zementyndikate gingen an ihrer eigenen Politik — und an der mangelhaften Solidarität der Fabrikanten zugrunde. Durch übertriebene Preissteigerungen reizten sie zu Neugründungen und Produktionssteigerungen. Weil der Verbrauch nicht in gleichem Tempo folgen konnte, sank der Absatz pro Werk und damit die Gewinnrate trotz der Preissteigerungen. Die Syndikate suchten den Teufel durch Beelzebub zu vertreiben, indem sie die Preise weiter steigerten, damit neue Gründungen anregten, also die Konkurrenz vermehrten. In diesen Kreislauf wurden sie nicht etwa durch die eigene Einsichtslosigkeit, sondern durch die besondern Verhältnisse in dieser Industrie getrieben.

Im Auf und Ab der Friedenskonjunktur hielten sich die Werke immer noch leidlich; als aber der Krieg kam und die Bautätigkeit nahezu lahmlegte, ging es einem Teil von ihnen wirklich schlecht. Sehr bald riefen sie die Regierung um Hilfe an. Die ließ sich auch erweichen und verbat kurzerhand die Erweiterung alter und die Gründung neuer Zementfabriken. Gleichzeitig legte sie den Unternehmern den Zusammenschluß nahe, ja sie ebnete einem solchen durch gezieltes Verbot langfristiger Lieferungsverträge den Weg.

Den Unternehmern genügt das nicht. Sie wollten nicht nur gegen neue Konkurrenz geschützt sein, sondern auch die schon bestehende beseitigt haben. Die Ausschaltung derselben durch Bindung aller Unternehmer an ein Syndikat und Zusammenschluß aller Syndikate zu einem Generalkartell wurde zwar angestrebt und versucht, gelang jedoch nicht. Es blieben zuviel Außenseiter, die im trüben fischen wollten. In Nr. 50 des „Proletariats“ vom Vorjahre haben wir eingehend die Hemmungen und Schwierigkeiten der Einigung dargelegt. Damals erwähnten wir auch schon, daß die Regierung mit Maßnahmen drohte, die eine zwangsweise Organisierung der Unternehmer zum Zwecke haben. Inzwischen hat die Regierung erneut eingegriffen. Am 25. Januar hat der Bundesrat folgende Verordnung für die Zementindustrie erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler kann Bestimmungen über die Erzeugung und den Absatz sowie über die Preise und Lieferungsbedingungen von Zement (§ 4 der Verordnung vom 29. Juni 1916, Reichs-Gesetzbl. S. 633) treffen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die gemäß Absatz 1 erlassenen Bestimmungen mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden.

§ 2. Der Reichskanzler kann Verträge über Lieferungen von Zement (§ 1), die eine Lieferungsverpflichtung für mehr als sechs Monate begründen, für aufgelöst erklären. Diese Erklärung ist insoweit ohne Wirkung, als der Vertrag durch Lieferung der Ware erfüllt war. Die Entscheidung des Reichskanzlers, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 gegeben sind, ist endgültig.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkräfttretens.

Diese Verordnung ist die Fortsetzung derjenigen, die am 29. Juni 1916 erlassen wurde. Jene verbot Neugründungen und neue langfristige Lieferungsverträge, diese gibt dem Reichskanzler das Recht, schon vor der Verordnung abgeschlossene Verträge — es bestehen solche, die auf mehrere Jahre hinaus abgeschlossen sind — einfach für ungültig zu erklären. Damit ist ein wesentliches Hemmnis der Einigung für die Unternehmer weggeräumt, denn gerade die umfangreichen langfristigen Lieferungsverträge erschweren den Zusammenschluß. Die Drohung mit dem Eingriff in die Preise und Lieferungsbedingungen jagt den Unternehmern einigt euch und setzt selbst einheitliche Preise fest, sonst greifen wir ein! Die Folge ist, daß die Zementfabrikanten, schon um die Eingriffe der Regierung zu verhüten, ihre Zusammenschlußbestrebungen

verstärken. Und zwar mit Erfolg. Schon Ende Januar wurde ein „Zementbund“ gegründet, der „die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Zementindustrie, die ja auch von den Reichsbehörden als wünschenswert bezeichnet wurde“, fördern soll. Außerdem soll dieser Zementbund die Verbindung zwischen der Industrie und der Regierung bzw. den Behörden herstellen und endlich soll er „in hervorragendem Maße als Vermittler bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes zu betrachten sein“. So wird wenigstens von der Unternehmerrachpresse verkündet.

Die endgültige Einigung aller Gruppen der Zementindustrie ist danach nur noch eine Frage kurzer Zeit. Es wird unter dem ständigen Druck der Regierung nicht lange dauern, und die Herren sind einig. Dann werden sie, ungehemmt durch alte oder neue Konkurrenz, die Preise und die Lieferungsbedingungen so festsetzen, daß sie dabei trotz des geringen Absatzes auf ihre Rechnung kommen.

Die Arbeiterchaft der Zementindustrie hat keinen Grund, sich über die zwangsweise Organisierung der Unternehmer zu freuen. Denn die Macht der Zementfabrikanten wird dadurch auch den Arbeitern gegenüber gestärkt. Vielleicht kommt aber die Regierung demnächst dazu, nun auch die Arbeiter in die gewerkschaftliche Organisation zu treiben, um das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen.

Vielleicht tut sie das aber auch nicht. Dann sollten wenigstens die Arbeiter und Arbeiterinnen so vernünftig sein und ohne Zwang sich in der Organisation zusammenschließen, um gemeinsam dem zwangsweise gezeigten Unternehmertum gegenüber die eigenen Interessen geltend machen und wahren zu können.

### Kurssteigerungen und Kriegsgewinne in der chemischen Industrie.

Seit Beginn des Krieges ist das Barometer des industriellen Geschäftsganges, die Börse, außer Funktion gesetzt. Wenigstens offiziell. Es durften keine Kurse mehr veröffentlicht werden, was nicht hinderte, daß unterberhand fleißig mit Industripapieren geschachelt wurde und die Aktienkurse stiegen oder stürzten.

Für Ende Dezember 1916 mußte zur Durchführung des Kriegsgewinnsteuergesetzes eine allgemeine Feststellung der Aktienkurse erfolgen. Ohne eine solche wäre es nicht möglich gewesen, die Höhe etwaiger Gewinne aus solchem Aktienbesitz festzustellen. Diese allgemeine Festlegung der Aktienkurse hat nun gezeigt, daß manche Industriezweige unter den Wirkungen des Krieges schwer gelitten, andre dafür glänzende Geschäfte gemacht haben. Zu denen, die sehr günstig abgeschnitten haben, gehört, soweit die Aktienkurse ein Urteil zulassen, die chemische Industrie. Das ist gewiß nicht neu. Es ist hier wiederholt festgestellt und nachgewiesen worden, daß speziell die führenden Unternehmungen der chemischen Industrie Kriegsgewinne in erheblichem Umfange eingehemft haben. Ein Vergleich der für Ende 1916 veröffentlichten Aktienkurse mit denen von Ende Juli 1914 bestätigt nun die Auffassung, daß nicht nur vereinzelt Unternehmungen, sondern der weitaus größte Teil der chemischen Industrie gute Geschäfte gemacht hat. In der nachfolgenden Tabelle sind die Kurse der maßgebenden Unternehmungen für Ende Juli 1914 denen von Ende Dezember 1916 gegenübergestellt. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen mit Kursgewinn, die zweite diejenigen mit Kursverlust.

#### 1. Aktien mit Kursgewinnen seit Ende Juli 1914.

Firma	Kurs		Steigerung(+) / Rückgang (-)
	Ende 1914	Ende 1916	
Gerb- und Farbstoffwerke Kemner	225	304	+ 79,-
Deutsches Zellulose	63,80	87	+ 23,20
Rheinische Gerbstoff	250	280	+ 30,-
Chemische Fabrik Siering	214,90	265	+ 50,10
Chem. Fabrik Siering	221	248	+ 27,-
Chem. Fabrik Siering	225,50	300	+ 74,50
Chem. Fabrik Siering	69	90	+ 21,-
Chemische Fabrik Siering	144,25	160	+ 15,75
Chemische Fabrik Siering	230,20	330	+ 99,80
Chem. Fabrik Siering	205	280	+ 75,-
Chem. Fabrik Siering	138	216	+ 78,-
Chem. Fabrik Siering	179,50	202	+ 22,50
Chem. Fabrik Siering	107,50	140	+ 32,50
Chem. Fabrik Siering	196,25	204	+ 7,75
Chem. Fabrik Siering	425	423	- 2,-
Chem. Fabrik Siering	484	490	+ 6,-
Chem. Fabrik Siering	268	275	+ 7,-
Chem. Fabrik Siering	171,50	206	+ 34,50
Chem. Fabrik Siering	373	425	+ 52,-
Chem. Fabrik Siering	316	412	+ 96,-
Chem. Fabrik Siering	300	325	+ 25,-

#### 2. Aktien mit Kursverlusten gegen Juli 1914.

Firma	Kurs		Steigerung(+) / Rückgang (-)
	Ende 1914	Ende 1916	
Chem. Fabrik Siering	107	95	- 12,-
Chem. Fabrik Siering	186	165	- 21,-
Chem. Fabrik Siering	177	173	- 4,-
Chem. Fabrik Siering	200,50	125	- 75,50
Chem. Fabrik Siering	88,50	78	- 10,50
Chem. Fabrik Siering	523,75	468	- 55,75
Chem. Fabrik Siering	276	220	- 56,-
Chem. Fabrik Siering	214	150	- 64,-
Chem. Fabrik Siering	495	488	- 7,-
Chem. Fabrik Siering	157	135	- 22,-
Chem. Fabrik Siering	243	230	- 13,-

Von den 32 in der Zusammenstellung erfaßten Unternehmungen hatten 21 einen Kursgewinn und nur 11 einen Kursverlust. Die Kursgewinne sind nicht nur zahlreicher, sondern auch im Durchschnitt höher. Dabei ist noch zu beachten, daß mehrere große Unternehmungen der chemischen Industrie in der Kriegszeit starke Kapitalerhöhungen vorgenommen und dadurch den Kursstand ihrer Aktien künstlich und absichtlich heruntergedrückt haben.

Zu dem Ergebnis der Kurssteigerungen steht in einem früheren Heft die Tatsache, daß die Durchschnittskurse der Aktien der chemischen Industrie nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Allgemeine Zusammenfassungen über alle Geschäftszweige liegen darüber allerdings noch nicht vor, jedoch einige beweiskräftige Stichproben. So sah man die 20 wichtigsten chemischen Fabriken im Jahre 1913 durchschnittlich 20,88 Prozent Dividende. Im ersten Kriegsjahre sank diese Dividende auf 15,29 Prozent, im zweiten (1916) liegt sie auf 17,73 Prozent. Sie ist also auch für 1916 geringer als für 1913.

Vergleicht man jedoch nicht die Dividenden, sondern die Gewinne, so ergibt sich ein anderes Bild. Die erwähnten 20 Geschäftszweige erzielten im Jahre 1913 zusammen 122 Millionen Mark Gewinn, im Jahre 1916 dagegen 141 Millionen Mark. Das trogden die Durchschnittskurse sank, ist einmal auf die schon erwähnten Kapitalerhöhungen, dann aber auf die stärkeren Abschreibungen und höheren Rücklagen zurück-

zuführen. Es sind also in der Kriegszeit verstärkte Zukunftsreserven angehäuft worden.

Man kann nicht sagen, daß die Verstärkung und Vermehrung der Betriebsmittel immer auf ein Verdrängen der Kriegsgewinne hinausläuft. In vielen Fällen werden sie sachlich durchaus benötigt sein. Die Einrichtungen des Betriebes sind in der Kriegszeit vielfach stärker abgenutzt worden als früher. Reparaturen sind vernachlässigt worden, Ersatz ist oft ausgeblieben. Auch die Gebäude haben mehr gelitten und sind weniger instand gehalten als früher. Stärkere Abschreibungen entbehren in solchen Fällen nicht der Berechtigung. Auch die Schaffung ausreichender Reserven als Rücklage für eine unübersehbare Zukunft ist verständlich. Alle diese Notwendigkeiten schaffen jedoch die Tatsache nicht aus, daß ein nicht unerheblicher Teil der Gewinne in der chemischen Industrie auf Umwegen in die Taschen der Unternehmer geleitet wird. Ob dafür mehr die Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die sich über allzu hohe Dividenden aufregen könnte, oder die Befürchtung, daß die Regierung zu einer ersten Preisprüfung Veranlassung nehmen könnte, maßgebend gewesen ist, oder ob gar die Furcht vor dem Steuerfiskus zu Gewinnshiebungen geführt hat, sei dahingestellt. Jedenfalls haben die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie es verstanden, ihre Gewinne einigermaßen anständig zu maskieren. Das haben sie zwar im Frieden auch schon gekonnt, aber in der Kriegszeit scheinen sie auch auf diesem Gebiete noch zugerufen zu haben.

### Ein Uebervorsichtiger.

Unter der Ueberschrift „Der Krieg als Matter aus finanzieller Not“ haben wir in Nr. 4 des „Proletariats“ den Geschäftsbericht der Gummiwarenfabrik vorm. L. Peter in Frankfurt a. M. kurz besprochen. Dazu erhielten wir auf einer Postkarte folgende Zuschrift aus Frankfurt a. M.:

„Der Artikel in Ihrer Zeitung Nr. 4 über den Gummi-Peter dahier ist sehr gut. Der Umsatz ist freilich nicht so groß, wie man sich vorstellen mag, aber dennoch der Gewinn ist sehr groß. In den noch nicht mal großen Heereslieferungen von Reifen und Schläuchen sowie Reparaturen wird enormes Geld verdient. Der Staat muß bekanntlich alles am teuersten bezahlen. Demgegenüber werden freilich auch nur Hungerlöhne bezahlt. Am schlechtesten sind die Arbeiter im mechanischen Betriebe bezahlt. Die Löhne sind wie in Friedenszeiten: 50, 52, 54, 56, 58 Pfennig. Die Arbeiter sind selbst schuld, in die Verjammlungen geht niemand. Unerbittlich, Meib, Sachheit sind die Hauptzüge der Arbeiter von Gummi-Peter.“

So weit die Zuschrift. Ob die tatsächlichen Angaben stimmen, wissen wir nicht, deshalb machen wir sie uns auch nicht zu eigen. Für die Zuverlässigkeit des Schreibers können wir uns nicht verbürgen, weil er uns über seine Person in Unkenntnis läßt. Seine Karte enthält keinerlei Unterschrift. Das könnte man für eine Vergeßlichkeit halten, wenn uns nicht von Frankfurt schon wiederholt anonyme Zuschriften ähnlichen Inhalts zugegangen wären. Wir benutzen deshalb diese Gelegenheit, dem Schreiber, wie allen andern, die sich der Reaktion gegenüber in den Mänteln des großen Unbekannten hüllen, zu sagen, daß wir solchen Zuschriften keinerlei Wert beimessen. Wer uns etwas mitteilen will, darf und muß das offen tun. Er darf das, weil wir mit keinem Namen keinen Mißbrauch treiben; er muß das, weil eine gewissenhafte Reaktion für Angaben, deren Urheber sie nicht kennt, keinerlei Verantwortung übernehmen kann.

Wer überdies gegen die Arbeiterchaft eines Betriebes so schwere Vorwürfe erhebt, wie der Verfasser der oben wiedergegebenen Zuschrift, sollte mindestens den Mut aufbringen, für seine Behauptungen der Reaktion gegenüber mit seinem Namen einzutreten. Schließlich ist auch die übertriebene Rücksicht auf die eigene Person das Gegenteil einer proletarischen Tugend.

### Billiges Papier auf Kosten der Steuerzahler.

Die im Laufe des Krieges von den Papierfabrikanten vorgenommenen mehrmaligen Papierpreiserhöhungen drohten zu einem schweren Konflikt zwischen den Druckpapierfabrikanten und den Zeitungsverlegern auszuarten. Der Höhepunkt der Differenzen wurde erreicht, als im Mai 1916 die gemeinsame Interessensorganisation der Papierherzeugungs- und Papierverarbeitungsindustrien, der „Kriegsausschuß für das deutsche Papierfach“ von den Papierfabrikanten „unermüdet geprengt“ wurde, die „über einen Augenblickserfolg die wichtige Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen in der Zukunft vergessen hatten“, wie die Papierverarbeiter meinten. Trotz aller Vorwürfe von Seiten ihrer Abnehmer ließen sich die Papierfabrikanten in ihrem Streben nach möglichst hohen Papierpreisen nicht beirren, denn, so meinte ein Papierfabrikant in der „Papier-Zeitung“, die Papierfabrikanten „sind doch da, um Geld zu verdienen“. Mit derselben Hartnäckigkeit, mit der die Papiermacher für höhere Preise kämpften, setzten die Zeitungsverleger ihre ganze Macht zur Eringung niedriger Papierpreise ein. Der Kampf tobte so heftig, daß die auf ihren Patriotismus so stolzen Papierfabrikanten von ihren Abnehmern die lieblichsten Worte, wie „Landesverräter“, „Papierpreiswucherer“ und wie die lieblichen Ausdrücke noch alle hießen, an den Kopf geworfen bekamen. In einzelnen Organen der Papierverarbeiter sowie in verschiedenen Tageszeitungen wurden die Papiermacher sogar beschuldigt, die Papiernot im feindlichen Ausland durch die Massenexport deutscher Papierarten nach dem neutralen Ausland gelindert zu haben.

Diesen Bruderkämpfen machte der Vater Staat durch die Errichtung einer „Reichsstelle für Druckpapier“, einer „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“, verschiedener Rohstoffbeschaffungstellen sowie durch Festsetzung von Höchstpreisen für Zeitungsdrukpapier ein Ende. Zu den Rohstoffbeschaffungstellen gehört auch die „Reichsstelle für Papierholz“, an deren Spitze der Oberforstmeister Hoy aus Königsberg und der Augsburger Papierfabrikant Heindl (zur Zeit Oberleutnant) steht. Diese Reichsstelle hat den Zweck, durch ausreichende Lieferungen von Papierholz den Papierbedarf für die Tageszeitungen zu decken. Die Reichsstelle soll in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 1. Oktober 1917 für die Papierindustrie 810 000 Festmeter Papierholz beschaffen, wovon das Reich ein Drittel, also 270 000 Festmeter, der Reichsstelle zu liefern hat. Da das Reich selbst über keine Holzbestände verfügt und die noch fehlenden 540 000 Festmeter von den Bundesstaaten beschafft werden müssen, so mußte das Reich oder in dessen Auftrag die Reichsstelle für Papierholz die 270 000 Festmeter Papierholz im freien Handel oder im Wege der Zwangsenteignung erwerben, um dieses Quantum der Reichsstelle zur Verfügung stellen zu können. Wenn Ansehen nach zeigt aber das Reich recht wenig Neigung, ein derartiges Verfahren einzuschlagen, denn der Berliner „Holzmarkt“ weiß in seiner Nr. 9 über den Gang der Dinge folgendes zu berichten:

„Das Reich besitzt aber kein Holz und keinen Forstbestand, folglich muß es für die Beschaffung von 270 000 Festmeter Holz eine hohe Entschädigungssumme der Reichsstelle für Papierholz zahlen. Dieser Betrag und weitere namhafte Entnahmen kommen durch die Hand der Reichsstelle für Papierholz den Papierfabrikanten zugute, denen das

Geld zufließt gegen die Verpflichtung, zu bestimmtem Preise, der ungefähr 60 vom Hundert über Friedenspreis liegt, den Tageszeitungen bestimmte Mengen Papier zu liefern.“

Da aber auch verschiedene Bundesstaaten aus Mangel an Waldbeständen nicht in der Lage sind, ihr Pflichtquantum Holz zu liefern und andererseits die über Holz verfügbenden Bundesstaaten vertraglich nicht gezwungen sind, das Holz in Natur zu liefern, so dürften auch da der Reichsstelle für Papierholz und durch diese wiederum den Papierfabrikanten recht namhafte Beträge in die Taschen fließen. Die Reichsstelle für Papierholz, so fährt der Berliner „Holzmarkt“ fort, „kann auch sachungsgemäß gar nicht verlangen, daß ihr Holz in Natur geliefert wird, sie muß zufrieden sein, wenn die Bundesstaaten statt des Holzes eine Geldentschädigung leisten, über deren Höhe ein Ausschuß entscheidet. Diese Geldentschädigung wird wohl von allen Bundesstaaten der Naturallieferung von Holz vorgezogen werden. Die Bundesstaaten machen dabei ein gutes Geschäft, denn sie erzielen am freien Markte, selbst unter Anrechnung der Entschädigung, immer noch befriedigende Holzpreise. Nur das zweite und letzte Drittel (die Belieferung soll in drei Raten erfolgen) kann die Reichsstelle sachungsgemäß von den Bundesstaaten in Holz statt in Geldentschädigung verlangen, aber man kann voraussagen, daß auch diese Lieferung nicht in Holz gefordert, sondern nur die Entschädigung gezahlt werden wird.“

Mit Recht bemerkt der Berliner „Holzmarkt“, daß durch dieses Verfahren die Reichsstelle für Papierholz „fast“ einer Holzbeschaffungstelle eine Bankverrechnungstelle“ wird. Wohl befürchten die Holzändler von den Holzkäufern der Papierfabriken einen „gefährlichen Wettbewerb im Unterbieten der Holzpreise“, durch den die letzteren, mit Hilfe der den Papierfabriken aus der Reichsstelle für Papierholz zugeflossenen Gelder, immer noch vorteilhaft abkönnen.

Wir können dem Berliner „Holzmarkt“ in seiner Auffassung nur zustimmen, daß den Papierfabrikanten, die über größere Holzvorräte verfügen oder die in der Lage sind, durch billige Transportverlegenheit sich das Papierholz zu angemessenen Preisen zu sichern, die zuzuflickenden Geldmittel entschieden lieber sein werden als die Lieferung von Papierholz. Die Herren Holzändler sind dem Vater Staat über diese Abwicklung der Geschäfte im Ernste auch gar nicht böse, denn freudig bemerkt der Berliner „Holzmarkt“ schon in den ersten Zeilen seines Artikels, daß die „Reichsstelle für Papierholz dem Holzhandel nicht die Butter vom Brot nehmen wird“. In ihrer Angst um den geheiligten Nebhach denken sie nur noch daran, ob die Papierfabrikanten „diese Reichsunterstützung dazu verwenden werden, um sie der Forstwirtschaft oder dem Holzhandel in Form von höheren Holzeinkaufspreisen zuzuführen“ oder ob die Papierfabrikanten „die Holzpreise möglichst niederzuhalten versuchen werden, um die Geldunterstützung des Reiches für sich zu behalten“.

Wahrscheinlich dürfte die Angst der Holzändler etwas übertrieben sein, da die Papierfabrikanten durch den staatlichen Zuschuß ja in der angenehmen Lage sind, höhere Holzpreise mit in Kauf zu nehmen, die dann vielleicht von der Kommission zur Festsetzung der Geldentschädigungen der Berechnung zugrunde gelegt werden über die Summen, die Reich und Bundesstaaten an die „Reichsstelle für Papierholz“ zu zahlen haben. Unserer Ansicht nach dürfen die Händler von der üblichen Holzgunst ruhig den kommenden Verhältnissen entgegensehen, denn edle Seelen finden sich — auch beim Holzeinkauf.

Ziel wichtiger als der Händlerpreis erscheint uns aber die Frage — immer vorausgesetzt, daß die Mitteilungen des Berliner „Holzmarkts“ den Tatsachen entsprechen —, ob es nötig ist, daß die Steuerzahler indirekt zur Erhöhung der Unternehmergewinne in der Papierfabrikation, dem Zeitungsgewerbe und den übrigen mitbeteiligten Interessentengruppen mit herangezogen werden müssen. Wir sind der Ansicht, daß auch diesen Gewerbezweigen kein Recht zusteht, sich auf Kosten der Steuerzahler zu mästen. Entsprechen die Mitteilungen des Berliner „Holzmarkts“ den Tatsachen, dann wirft diese Erscheinung im Wirtschaftsleben aber auch ein recht eigentümliches Licht auf das Verhalten der Unternehmer in der Papierindustrie in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Da war es, wenn wir uns noch recht erinnern, doch der Generalsekretär Ditges vom Verein Deutscher Papierfabrikanten, der dem Staate das Recht absprach, Mittel „zur Unterstützung für Arbeitslose und Säuser“ zur Verfügung zu stellen. Hoffentlich kommen bei dieser staatlichen Unterstützung nicht auch solche Elemente in Frage. Wenn die Mitteilungen des Berliner „Holzmarkts“ auf Wahrheit beruhen, dann brauchen wir uns allerdings nicht mehr darüber zu wundern, daß Unternehmer, die — na, sagen wir einmal Ungenauheit — besitzen und den Gewerkschaften zumuten, daß sie aus ihren Kassen zur Entlastung der Unternehmer ihren Mitgliedern Teuerungszulagen gewähren sollen. Hoffentlich veranlassen die Mitteilungen des Berliner „Holzmarkts“ die Regierung, sich den Geschäftsbetrieb der „Reichsstelle für Papierholz“ etwas genauer anzusehen und das geschilderte Geschäftsverfahren einer Revision zu unterziehen. Wenn schon für die Papierindustrie und das Zeitungsgewerbe billige Rohstoffe beschafft werden müssen, so mag dieses unter Ausschaltung eines jeden Zwischenhandels aus den Forstbeständen der Bundesstaaten oder vom Reich im Wege der Zwangsenteignung geschehen. Auf alle Fälle sollte aber vermieden werden, die Allgemeinheit zugunsten der Unternehmerprofite tributpflichtig zu machen.

G. St.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren im Jahre 1916.

Auch im Kriegsjahre 1916 hat der Verband verhältnismäßig ziemlich gut abgeschnitten, wenn auch seine Mitgliederzahl naturgemäß weiter zurückgegangen ist. Die Jahresdurchschnittszahlen betragen 1916 an männlichen Mitgliedern 6005, an weiblichen 2245, zusammen 8250; 1915 betragen sie 8188 und 2645, zusammen 10 833, so daß im Jahresdurchschnitt ein Mitgliederverlust von 2183 männlichen, 400 weiblichen, zusammen 2583, eingetreten ist. Am Jahresende war gegen seinen Anfang aber der Unterschied bei den männlichen nur 1388, bei den weiblichen 288, zusammen 1676; der Bestand stellte sich am 31. Dezember 1916 auf zusammen 7484 zahlende Mitglieder, und zwar 5306 männliche und 2178 weibliche. Außer durch Einziehungen waren durch Austritte keine Verluste von männlichen Mitgliedern zu verzeichnen. Am Jahreschlusse fanden insgesamt 31 658 Mitglieder im Kriegsjahre.

Die Agitationsfähigkeit brachte im Laufe des Jahres immer noch Erfolge, obgleich von den in Friedenszeiten circa 103 000 Gehilfen im ganzen Lande heute kaum noch 18 000 gezählt werden; am geringsten war der Erfolg der Werbetätigkeit in der Südmarendeckung, weil dort infolge weitgehender Betriebsengpässe der Beschäftigungsgrad immer mehr zurückging. Aus diesen Ursachen resultiert auch der be-

dauerliche Rückgang der weiblichen Mitglieder. Aufnahmen wurden im ganzen noch 3997 gemacht. Der Kassenbestand war am Ende 1916 um 8669 M. geringer als zu Beginn des Jahres, in der Haupttafel betrug der Mitgliederbestand aber nur 1081 M.; sicher ein gutes Ergebnis angesichts des Umfanges, daß zu Weihnachten wieder die Summe von 40456 M. allein für die Frauen der eingezogenen Mitglieder ausgegeben wurde. Beiträge wurden im ganzen 417 538 M. fassiert. An Unterstützungen wurden insgesamt ausgegeben 122 047 M.; die Hauptposten sind die schon genannte Weihnachtsunterstützung, die Familien-Notunterstützung in Höhe von 28 754 M., Krankenunterstützung mit 29 738 M., Arbeitslosenunterstützung mit 13 936 M., Sterbegeld mit 5597 M.

Streiks fanden im Berichtsjahre nicht statt. Eine Anzahl Lohn- und Tarifbewegungen brachten einige Erfolge. In 120 Betrieben waren 350 Kollegen an den Bewegungen beteiligt. Ein großer Teil der Verbandsstätigkeit war auf die Erlangung von Teuerungszulagen gerichtet und weiter war es noch der Kampf um ein dauerndes Nachtarbeitsverbot und die Erweiterung der Sonntagsruhe, die die Verbandsleitung und die Arbeiter fortgesetzt in Bewegung hielt. Leider haben auch heute noch nicht die alten Gegner des Nachtarbeitsverbots ihren Widerstand völlig fallen lassen, sondern versuchen fortgesetzt, auf Schlechtwegen dagegen anzukämpfen. Die Organisation hofft jedoch auch im neuen Jahre auf die richtigste Weise Unterstützung ihres Kampfes durch alle Glieder der Arbeiterbewegung!

**Kriegstagung des Metallarbeiterverbandes.**

Den statutarischen Vorschriften entsprechend, hält der Metallarbeiterverband Ende Juni im Köln seine 13. Generalversammlung ab. Die Einberufung derselben wird damit begründet, daß der Vorstand nicht das Recht besitze, sich seine Amtstätigkeit selbst zu verlängern, aber nicht aus eigenem Antriebe habe er das Bedürfnis, Regelmäßigkeit über seine Tätigkeit abzugeben und mit den Vertretern der Mitglieder die etwa zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Auch in Mitgliederkreisen sei das Bedürfnis vorhanden, sich auf einer zentralen Versammlung untereinander und mit dem Vorstand über das Wirken des Verbandes während der Kriegszeit auszusprechen. Nachdem bereits eine Generalversammlung während des Krieges stattgefunden und sich dagegen auch nicht eine Stimme erhoben hätte, läge kein Grund vor, von dieser zweiten Kriegstagung Abstand zu nehmen. Das geistige Leben in der Organisation, welches die Grundlage für ihren weiteren Fortschritt bilde, werde durch die Generalversammlung wachgehalten und neu befruchtet.

Außer der Erledigung der ihr durch das Statut überwiesenen Funktionen soll die Generalversammlung Stellung nehmen zur Bedeutung der Staatsmonopole in der Eisen- und Metallindustrie. Vorschläge im Statut vorzunehmen, rät die Verbandsleitung auch diesmal ab.

**Bericht vom Gau 9 (Sitz Nürnberg).**

Die Kriegswellen haben es auch im Jahre 1916 nicht vermocht, die Gewerkschaften über Bord zu spülen, wie bei Beginn des Krieges angenommen wurde. Wenn es auch nicht leicht war, das Schiff Fabrikarbeiterverband durch all diese Stürme zu steuern, so ist es dennoch gelungen. Die folgende kurze Aufstellung zeigt, daß sich auch der Gau 9 über Wasser gehalten hat, wenn auch verschiedene, die nicht fest genug waren, über Bord gestift wurden. Die Mitgliederzahl im Gau betrug am Schlusse des Jahres 1915 4363, am Schlusse des Jahres 1916 3903, Abnahme 460, davon zum Heeresdienst 376, wirklicher Verlust 84 Mitglieder. Die Beitragsleistung 1915 gleich 11,0 Beiträge pro Mitglied im Quartal, 1916 gleich 12,6 Beiträge pro Mitglied im Quartal. Die Beitragsleistung ist demnach besser geworden. Der Mitgliederverlust ist im laufenden Jahre bereits durch Neuaufnahmen ersetzt. Die Werbearbeit litt darunter, daß die Leitung des Gaus infolge Einziehungen bereits in der dritten Hand liegt.

In Industriegegenenden, wo Kriegsindustrie vorhanden ist, konnten Teuerungszulagen von 10 bis 30 Prozent durchgesetzt werden. Sehr schlechte Verhältnisse bestehen in der Zieglerindustrie. Von ungefähr 60 Ziegeleien in unserm Gau sind 43 stillgelegt. Auch in der keramischen Industrie in Oberfranken und in der Oberpfalz, wo unsere Kollegen beschäftigt sind, bestehen noch sehr schlechte Löhnerhältnisse. Löhne von 27 bis 28 Pf. pro Stunde sind noch vorhanden. Teuerungszulagen werden sehr minimal, meistens gar keine gewährt. Dagegen besteht eine Arbeitszeit von 80 Stunden und darüber hinaus. Das Elend in diesen Gegenden ist groß. Wir wollen hoffen, daß der Krieg recht bald sein Ende erreicht, damit wir zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mehr beitragen können, als es unter diesen Umständen möglich ist.

S. V.: Peter Koch.

**Aus dem Gau 13.**

In seinem Jahresrückblick hat der „Proletarier“ das Jahr 1916 für unsern Verband als ein Jahr der Festigung und Erholung bezeichnet. Als ein Jahr der Festigung kann 1916 auch für den Gau 13 angesehen werden. Leider kann daselbe nicht gesagt werden in bezug auf die Erholung, da der Gau mit einem Weniger an Mitgliedern von 287 abschließt. Allerdings sind 512 Kollegen zum Heeresdienst einberufen. Da aber 277 Kollegen wieder zurückgekehrt sind, so bleibt ein absoluter Verlust von 22 Mitgliedern zu verzeichnen. Was die Mitgliederbewegung anbetrifft, so kann also leider von einer Erholung im Gau 13 nicht gesprochen werden.

Bei Betrachtung der Entwicklung der einzelnen Zahlstellen fällt ins Auge, daß fast alle kleineren Zahlstellen zugenommen haben, während fast alle größeren Zahlstellen, mit der einzigen rühmlichen Ausnahme von Darmstadt, teilweise erheblich abgenommen haben. Es kann also hier wieder die Beobachtung gemacht werden, daß gut ausgearbeitete, kleinere Zahlstellen sich zu Zeiten der Depression besser halten als die großen. Der Grund kann wohl zum Teil darin gesucht werden, daß die persönliche Bekanntheit als Bindemittel wirkt. Aber auch andre Gründe spielen da mit. Auffällig ist es, daß in den großen Zahlstellen, wenn der Geschäftsführer plötzlich aus seiner Tätigkeit herausgerissen wird, sich eine ziemlich starke Kollapsigkeit bemerkbar macht. Auch tüchtige Kollegen, die schon jahrelang der Verwaltung angehören, haben sich zu sehr daran gewöhnt, die Geschäfte der Zahlstelle in der Hand des Geschäftsführers zu wissen; die Ortsverwaltungen fühlen sich mehr als beschließendes, denn als ausführendes Organ, so daß es oft recht schwer fällt, sie auf eigene Füße zu stellen. Dieser Zustand wird dann sehr auf die Entwicklung der Zahlstelle zurückzuführen. Hindernis wirkt auch in einigen Zahlstellen der sich dort breitmachende oder Wortradikalismus. Zwar weniger dadurch, daß viele Anträge erfolgen, als dadurch, daß durch Herunterreißung der Leistungen des Verbandes oder auch der persönlichen Berührungsimpung der Verbandsleitung den Kollegen die Arbeitsfreudigkeit für den Verband vererbt wird. Vorläufig scheinen ja die Leute, die ihre Aufgabe darin sehen, das, was in jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaut ist, wieder zu zertrümmern, sich noch vor der Parole: „Haus aus den Gewerkschaften!“ zu scheuen. Doch wollen wir da den Tag nicht vor dem Abend loben.

Natürlich sprechen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Gau mit. Mit Ausnahme der chemischen Industrie sind alle für uns zuständigen Industriezweige hart zurückgegangen. Die Ziegeleien liegen fast vollständig daneben. Die Papierfabriken; die Duntpapierfabriken, arbeiten mit stark beschränkter Arbeiterzahl. Ebenso geht es den Zementfabriken. Noch schlimmer liegt es in den Gummifabriken, wo nur noch ein geringer Bruchteil der Arbeiter beschäftigt wird, die vor dem Kriege dort Beschäftigung fanden. Eine der größten dieser Fabriken im Gau wird zur Herstellung von Geschloßteilen benutzt. Der überaus günstige Stand der chemischen Fabriken kann natürlich da keinen vollen Ausgleich schaffen, zumal ein großer Teil der in diesen Fabriken Beschäftigten sich aus Gegenden oder aus besetzten Gebieten herangeführt haben zusammenfügt. Hinzu kommt, daß die heimischen Arbeiter dieser Fabriken, durch überaus lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung so apathisch und abgestumpft sind, daß sie schwer dazu zu bewegen sind, eine Verbesserung zu begehren.

Das fortwährende Einziehen der Bevollmächtigten wirkt selbstverständlich auch nicht fördernd auf die Entwicklung einer Zahlstelle. In mehreren Fällen ist es vorgekommen, daß der erste und der zweite Bevollmächtigte einer Zahlstelle in einer Woche, ja an einem Tage eingezogen wurden. Da wird es nun auch von Tag zu Tag immer, Erfolg zu finden. Und bis die neuen Leiter der Zahlstelle neben den ihnen überwiesenen Verwaltungsarbeiten noch dazu kommen, auch an die

Agitation zu denken, vergeht immer erst eine gewisse Zeit, zumal es sich meistens um ältere Kollegen handelt.

Bemerkenswert mag noch werden, daß auch die Einschränkung des Bahnerverkehrs recht erschwerend auf die Tätigkeit des Gewerkschafters einwirkt. Um in einer Zahlstelle einige Stunden tätig zu sein, muß man mitunter einen vollen Tag auf der Bahn zubringen.

Unter den geschickerten Umständen hat natürlich die Agitation zu leiden; immerhin wurden noch 443 Neuaufnahmen erzielt. Fast die Hälfte davon (171) in Darmstadt, 76 in Frankfurt und in der kleinen Zahlstelle Worms 47. Ueberhaupt bietet die Entwicklung der beiden Zahlstellen Darmstadt und Worms im Gau eine erfreuliche Ausnahme. Und da auch der „Proletarier“ einige Zahlstellen lobend hervorgehoben hat, möchte ich, erlösend seinen Spuren folgend, auch diese beiden Zahlstellen namentlich anführen. In Darmstadt wird die Hausagitation schon seit Jahren mit derselben Systematik durchgeführt, wie sie der Kollege Hartwig in einer der letzten Nummern unserer Verbandszeitung geschildert hat. Wenn der Erfolg nicht ganz so groß war wie in Köln, so liegt das zunächst daran, daß die Zahl der für uns zuständigen Arbeiter in seinem Verhältnis zu Köln liegt; hauptsächlich aber daran, daß der Kollege Stahl seine Zeit dem Verbandsrat nur zu einem stark beschränkten Teil zur Verfügung stellen kann. In Worms gestalten sich die Verhältnisse dadurch günstig, daß in einer chemischen Fabrik eine starke Organisation besteht. Daß, wo mit Fleiß und Systematik gearbeitet wird, auch unter den heutigen erschwerenden Umständen Erfolge erzielt werden können, ist wohl durch den Abschluß dieser Zahlstellen bewiesen. Leider lassen sich die Leistungen einiger Zahlstellen schwer von der Ansicht, daß nichts zu machen sei, abbringen. Mit „Sprüche kloppen“ ist es allerdings nicht zu machen. Als eine Wendung zum Besseren mag es zu denken sein, daß alle Zahlstellen, mit Ausnahme von zwei ganz kleinen, Neuaufnahmen gemacht haben, wenn auch die Zahl in einigen Zahlstellen noch recht gering ist.

Etwas erfreulicher ist der Stand des Gaus, soweit die Beiträgeleistung in Frage kommt. Im Jahre 1914 wurden an jedes Mitglied im Durchschnitt 43,65 Markten abgeholt. Diese Ziffer stieg im Jahre 1915 auf 45,18, und im Jahre 1916 wurden an jedes Mitglied im Durchschnitt 47,62 Markten verkauft. Also etwa vier Markten pro Mitglied und Jahr mehr als im Jahre 1914. Wenn auch ein Durchschnittsbetrag von mindestens 60 Beiträgen im Jahre angestrebt werden muß, so ist doch das ständige Steigen dieser Ziffer ein Zeichen der Gesundung und der Verbandsstärke, die die Mitglieder gewahrt haben; zumal in der heutigen Zeit, wo Not und Elend in jeder Familie anzufinden sind.

Das ständige Steigen der Preise für Lebensmittel und aller übrigen Bedarfsartikel der Arbeiter gab die Veranlassung, in einer Anzahl von Fabriken an Lohnerhöhung bzw. um Teuerungszulagen nachzugehen. Da die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung mehr wie gegeben ist (werden doch in der größten Anzahl der Fabriken noch Stundenlöhne von 40, 35, ja bis zu 30 Pf. herunter gezahlt), so wurden unsere Anregungen von den Fabrikanten in den meisten Fällen als Anlaß zu einer Aufbesserung genommen. Leider war es meistens nur möglich, eine Teuerungszulage zu erreichen, während die Fabrikanten sich gegen die Erhöhung der Stundenlöhne wehren.

Allerdings hat es auch nicht an ablehnenden Bescheiden gefehlt. Zu welchen kuriosen Ausflüchten die Unternehmer da greifen, möge ein Beispiel hier darthun. Ein Direktor einer größeren Papierfabrik in Nordbayern antwortete auf unsere Eingabe folgendermaßen:

„Wir bestätigen höflich den Empfang Ihres Begehrens vom 8. d. M. Der Ausdruck auf dem Kopf des Schreibens lautet: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 13 (Großherzogtum Hessen, Provinz Hessen-Nassau und Fürstentum Waldeck). In den hier genannten Teilen Deutschlands werden von uns aber gar keine Arbeiter beschäftigt. Auch abgesehen davon ist uns Ihre Legitimation nicht klar, da wir nach den obwaltenden Verhältnissen nicht anzunehmen vermögen, daß sich ein erheblicher Teil der in unserm Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen an Sie in Frankfurt wenden haben sollte, zumal da ein Arbeiterauschuss für unsern hiesigen Betrieb besteht.“

In der Sache selbst bemerken wir, daß erst vor wenigen Wochen eine nicht unerhebliche Teuerungszulage von uns bewilligt worden ist, auch in der seither verfloßenen Zeit neue Momente, insbesondere neue wesentliche Lebensmittelerhöhungen, nicht beobachtet worden sind.“

Also weil am Kopfe des Briefbogens nicht aus Bayern steht, deshalb keine Legitimation, für die Arbeiter einzutreten! Da wird halt nichts anderes übrig bleiben, als andre Briefbogen drucken zu lassen. Vielleicht gibt es auch noch einen andern Weg; nämlich den, daß die Arbeiter mehr als bisher den Weg zur Organisation finden, dann wird man sich hinter so kleinliche Ausflüchte nicht mehr verziehen. Denn darin hatte die Direktion leider recht, groß war die Zahl der Organisierten zu der Zeit der Eingabe infolge der Einziehungen zum Kriegsdienst nicht mehr. Inzwischen ist da eine immerhin wesentliche Besserung eingetreten.

Was nun die „nicht unerhebliche“ Teuerungszulage anbetrifft, so bezug dieselbe, man ersichere nicht, 70 Pf., und für jedes Kind 15 Pf. Nicht etwa pro Tag! Auch nicht pro Woche! Nein, für jede Lohnzahlungperiode, also für zwei Wochen. Dabei beträgt der Stundenlohn in diesem Betriebe durchweg 30 Pf. pro Stunde. Da sind die 70 Pf. alle 14 Tage gewiß ein „nicht unerheblicher“ Ausgleich gegenüber den ins Ungeheure gestiegenen Lebensmittelpreisen.

So weit der kurze Ueberblick über die Verhältnisse im Gau 13. Alles in allem genommen liegt keine Ursache zu einer pessimistischen Auffassung vor. Kehrt der so sehr ersehnte Friede ins Land, werden die zurückkehrenden Kollegen den Verband auch im Gau 13 zu vorfinden, daß sie mit berechtigtem Vertrauen die Wahrung ihrer Interessen dem Verbandsrat überlassen können.

G. Bruns.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Baugen.** Unsere Zahlstelle hat eines der schlechtesten Jahre hinter sich. Was es zu Anfang des Jahres noch möglich, die nötigen Funktionen herauszuholen, so wurde das im positiven Halbjahre fast unmöglich und so mußte von dem ersten Bevollmächtigten oft fast alles allein geleistet werden. Daß es überhaupt noch möglich war, das Bestehen unserer Zahlstelle auch für die Zukunft zu sichern, haben wir ihm und denen zu danken, die sich ihm in opferfreudiger treuer Pflichterfüllung mit Unmühen in den Dienst der Verbandsstätigkeit zur Seite stellten. Allen diesen sei hiermit für die Unterstützung und Hilfe unserer Zahlstelle unser wärmster Dank ausgesprochen. Der Mitgliederbestand unserer Zahlstelle setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Quartal 119 männliche, 34 weibliche; 2. Quartal 128 männliche, 58 weibliche; 3. Quartal 117 männliche, 46 weibliche Mitglieder. Im 4. Quartal hatten wir noch 88 männliche und 34 weibliche Mitglieder. In Anfang des Berichtsjahres waren seit 1914 247 Kollegen zum Militär eingezogen, am Schlusse dieses Jahres 270. Seit 1914 meldeten sich vom Militär 8 Kollegen zurück, 9 sind als gefallen gemeldet und 2 Kollegen sind am Orte gestorben. Ihre ihrem Andenken! Möge es sich im Berichtsjahre 11 Kollegen, 32 Kollegen und Kolleginnen mehr wegen Abreise ohne Abmeldung oder wegen zu großer Rücksichtslosigkeit werden. Infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Agitation war es trotz angelegentlichster Arbeit nicht möglich, den Mitgliederbestand für das 1. Quartal 1917 höher zu steigern. Wir müssen uns leider damit zufrieden geben, mit 88 männlichen und 34 weiblichen Mitgliedern ein neues, aber hoffentlich besseres Jahr anzufangen.

Die Einnahmen und Ausgaben setzen sich im Berichtsjahre folgendermaßen zusammen: Gesamt-Einnahme durch Beiträge und sonstige 1886,81 M.; Ausgabe: an Arbeiterlöhne 25,50 M. an Krante 724,45 M., an Sterbegeld 65 M., an Weihnachtsgabe 1026 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse vom 1. Quartal 1915 betrug 1061,57 M.; die Einnahme der Lokalkasse im Berichtsjahre beträgt 1017,29 M., wovon auf Anteile der Wochenbeiträge 566,24 M., auf Lokalkassebeiträge 357,10 M., auf sonstige Einnahmen 63,95 M. entfallen. Die Ausgabe betrug 1061,56 M. Der Kassenbestand für das 1. Quartal 1917 beträgt 952,30 M. Wir hätten also bei Abschluß des Jahres mit einem Verlust von 9,27 M. zu rechnen.

Versammlungen wurden abgehalten: 1 Generalversammlung und 7 Mitgliederversammlungen. Weiter wurden 23 Verwaltungssitzungen und 5 Betriebsversammlungen abgehalten. Der Besuch der Versammlungen war sehr gut. Man sieht hier am besten, wie sehr die allgemeine Kriegsgleichgültigkeit in einzelnen Gewerkschaften und in Zahlstellen in Wirkung tritt. Die Folgen dieser Gleichgültigkeit werden sich beim Ende dieses Volkermordes an denen bei rächen, die ihrer Gewerkschaft während des Krieges den Rücken gekehrt haben. Darum, Kollegen und Kolleginnen, die ihr zu Hause seid, helft, wo ihr nur helfen könnt, unsern Verbänden tüchtig und lebensfähig zu erhalten, um denen, die draußen stehen, nach ihrer Rückkehr in jeder Beziehung für die ersten

Wochen sichere Sätze zu sein. Dann werden auch sie alle, alle wieder in unsere Reihen zurückkehren. „Einzelne nichts, vereinigt alles!“

J. B. Fiedler.

**Bitterfeld.** (Mittelsblick auf das Jahr 1916.) Das Geschäftsjahr verlief wieder unter fortgesetztem Wechsel der Mitglieder; es wurden über 100 zum Heeresdienst eingezogen und ebensolche auf Reklamation entlassen. Es werden aber auch viel fremde Arbeiter hier beschäftigt. Die Zuwanderung von Arbeitern machte sich durch die Vergrößerung der chemischen Industrie während des Krieges nötig; auch jetzt werden noch weitere Neubauten errichtet.

Durch die Lebensmittelerhöhung wurden die Arbeiter gezwungen, mehr Lohn zu verlangen. In den meisten Betrieben erfolgte auch eine Teuerungszulage. An die Griesheimer Elektro-Chemischen Werke wurde durch die Verbandsleitung die Forderung der Arbeiter um eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde und mehr Beschaffung von Lebensmitteln eingereicht. Bewilligt wurden für ledige Arbeiter über 18 Jahre sowie für ledige und verheiratete Arbeiterinnen pro Schicht 25 Pf., für verheiratete Arbeiter pro Schicht 30 Pf. und für jedes Kind pro Woche 20 Pf. als Teuerungszulage. Die Gesamtteuerungszulage beträgt nun vom 31. August an für verheiratete Arbeiter pro Schicht 1,20 M. und für jedes Kind pro Woche 1,20 M.

Bei der Firma Grube „Leopold“, Britzfabrik, verlangten die Arbeiter zu dem niedrigen Schichtlohn von 4 M. eine Zulage von 6 Pf. die Stunde. Für Frauen und Jugendliche wurden 4 Pf. Zulage pro Stunde gefordert. Die Forderungen wurden vom Verband der Bergarbeiter und vom Verband der Fabrikarbeiter gemeinsam an die Betriebsleitung eingereicht. Diese hielt es aber nicht für notwendig, uns eine Antwort zu erteilen zu lassen. Eine geringe Zulage von 1 bis 2 Pf. pro Stunde erhielten die Arbeiter; daß sie nicht mehr erreichten, lag zum Teil mit an ihrem bisherigen Verhalten.

Die Bureauarbeiten wurden bis Juli von Frau Lamija besorgt. Die Agitation war sehr erschwert durch die lange Arbeitszeit der Kollegen in der Woche und auch des Sonntags. Der größte Teil der Kollegen (671) ist zum Heeresdienst eingezogen, wovon schon 72 gefallen sind. Im Laufe des Jahres sind 193 Mitglieder neu eingetreten und 109 wurden vom Militär entlassen. Abgereist sind 56, gestrichen und ausgetreten 45. Die Mitgliederzahl beträgt 45 männliche und 86 weibliche. Erfreulich ist die Zunahme der weiblichen Mitglieder um 79.

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 12 262,40 M., in dieser Summe ist ein Zuschuß der Hauptkasse von 3000 M. enthalten für die Weihnachtsgabe an die Kriegerväter. An Ausgaben hatte die Hauptkasse am Orte 6747,20 M. Davon war Arbeitslosenunterstützung 64,40 M., Krankenunterstützung 1937,20 M., Sterbeunterstützung 520 M., Umzugsgeld 110 M. und Weihnachtsgabe an die Kriegerväter 2166 M. Die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis jetzt aus der Hauptkasse mit 6232,25 M. und aus der Lokalkasse mit 1073 M. unterstützt. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß vom Verband viel Not gelindert wurde. Der Hauptkasse wurden gefordert 5515,20 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 3926,93 M., die Ausgaben 4150,83 M. Eine Erhöhung des Lokalkassenbeitrags von 5 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder machte sich notwendig. Die Lokalkasse weist einen Rückgang auf, was auf die lange Kriegsdauer und die nicht rechtzeitige Erhöhung des Lokalkassenbeitrags zurückzuführen ist. Erfreulich muß es genannt werden, daß die Kollegen einsahen, daß eine kleine Erhöhung notwendig war. Im allgemeinen kann auch festgestellt werden, daß unsere Mitglieder treu zum Verbandsrat halten. Fast ausnahmslos, bis auf einige Reklamationen, die glauben, daß sie bald wieder eingezogen werden, kommen sie ihren Beitragspflichten nach. Auf die irrtümliche Meinung der Reklamationen, die da glauben, während des Krieges keine Beiträge zahlen zu brauchen wenn sie entlassen sind zur Arbeit, ist schon im „Proletarier“ oft hingewiesen worden. Wer sich innerhalb 14 Tagen nach seiner Entlassung nicht wieder anmeldet, geht seiner erworbenen Rechte verlustig.

Am Schluß unser Berichtes wollen wir den Wunsch aussprechen, daß das Jahr 1917 den langersehnten Frieden bringen möge. u. u.

**Bottrop.** Hier besteht eine Feuerwerkerei, der Firma Friedr. Krupp, A.-G., Essen, gehörend. Da die Löhne gegenüber den bei der Munitionsproduktion erzeugten Profitten und den ins Endlose gestiegenen Kosten der Lebenshaltung sehr schlecht zu nennen sind, so ist es nicht verwunderlich, daß eine große Unzufriedenheit bei den Arbeitern herrscht. Da sollen denn nun Arbeiter eine Bepfändung gehabt haben, wie man vorstellig werden sollte, um höhere Löhne zu erlangen. Aus dieser Bepfändung suchte nun die hiesige Polizei eine nicht angemeldete Versammlung zu machen und hat deshalb einer Reihe von Arbeitern eine Verladung geschickt. Wenn nicht alle Anzeigen trügen, ist die treibende Kraft bei diesem Vorgehen der Betriebsführer der Feuerwerkerei, Herr Dr. Wolfleben, welcher seine Lehre und Ausbildung bei der bei den Arbeitern überbrückten Firma Friedr. Vater u. Co., chemische Fabrik Elberfeld und Leverkusen, erhalten hat.

Mitlerweile aber hat sich hier eine lebenskräftige Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes gebildet. Wenn die Arbeiterschaft sich einmütig dem Verbandsrat anschließt und sich durch Einschätzungen nicht absprechen läßt, so wird auch Herr Dr. Wolfleben bald einsehen, daß die Praxis der Arbeiterbehandlung, wie sie in Leverkusen üblich ist, sich nicht überall anwenden läßt. Zugleich weisen wir noch darauf hin, daß uns das Organisationsrecht im Zivildienstgesetz ausdrücklich verbürgt ist.

**Garburg.** (Jahresbericht.) Auch im Jahre 1916 waren unsere Tätigkeit durch den Krieg erschweren. Zugleich wurden uns immer neue Aufgaben gestellt, die wir zu erfüllen versuchen mußten. Durch die Lebensmittelerhöhung wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, Lohnforderungen einzureichen. Leider fanden wir bei den Unternehmern nicht immer das nötige Verständnis, obwohl bei den meisten Firmen günstige Geschäftsergebnisse erzielt wurden. Auch in der Behandlung der Organisationsleitung sind unsere Unternehmern die alten geblieben. Sehr oft erhielten wir auf unsere Eingaben eine ablehnende oder auch keine Antwort. Das ist nach einer Seite lehrreich und zeigt der Arbeiterschaft, daß nur durch starke Organisationen der Herrentauschpunkt überwinden werden kann. Betriebe mit musterwürdiger Organisation können auch über große Erfolge berichten. Betriebe mit schlechter Organisation oder Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft haben auch keine oder nur geringe Lohnerhöhungen aufzuweisen. Die beste Vorbereitung einer Lohnbewegung ist die Schaffung einer lückenlosen Organisation. Wird danach gehandelt, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben. Nachstehend einige kurze Mitteilungen über die geführten Bewegungen.

Chemische Fabrik Garburg-Staßfurt. Der Betrieb hat im Jahr 1915 mehrfach stillgelegt; erst Ende des Jahres konnte die Firma Rohmaterial erhalten und kam der Betrieb Endes des Jahres 1915 wieder in Betrieb. Im Januar kamen die dort beschäftigten Arbeiter zusammen, um zu einer Lohnerhöhung Stellung zu nehmen. Der Arbeiterauschuss wurde beauftragt, eine Lohnerhöhung von 50 Pf. den Tag zu fordern. Die Firma bewilligte eine tägliche Zulage von 30 Pf.; falls der Betrieb aufrecht erhalten werden könnte, würde über eine weitere Zulage gesprochen werden können. Auf Vorstelligwerden des Arbeiterauschusses bewilligte die Firma Ende März noch die 20 Pf. tägliche Zulage. Ende August beschäftigten sich die Kollegen noch einmal mit der Lohnfrage. Der Arbeiterauschuss wurde beauftragt, nochmals eine Zulage von 50 Pf. den Tag zu beantragen. Die Firma bewilligte die Forderung, so daß insgesamt der Tagelohn in diesem Jahre um 1 M. erhöht worden ist. Alle dort beschäftigten Arbeiter gehören der Organisation an.

Norddeutsche Chemische Fabrik. Die (schlecht organisierte) Arbeiterschaft beauftragte den Arbeiterauschuss, der Firma ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage zu unterbreiten. Die Firma lehnte auch in diesem Jahr das Gesuch ab. Am Schwefelkauraufbau in der Sulfatabteilung, Schwefelkauraufbau in der Schloßerei und im Hohlmaß werden Frauen beschäftigt. Die Löhne sind für die Frauen sehr niedrig. So erhielten die Frauen am Schwefelkauraufbau 3,50 M. für die zwölfstündige Schicht, während früher Männer für diese Arbeit 5,50 M. erhalten haben. Die übrigen Arbeiterinnen erhielten nur 2,60 M. bis 3 M. den Tag. Diese Bezahlung ist sehr gering gegenüber andern Betrieben, weshalb der Arbeiterauschuss beauftragt wurde, einen Lohn von 3 M. den Tag für die Arbeiterinnen zu beantragen. Arbeiterinnen mit höherem Lohn sollten entsprechende Zulage erhalten. Auch dieses Gesuch wurde von der Firma abgelehnt, weil die Arbeiterinnen „nichts leisteten“ und trotz gewesen wären, daß sie überhaupt Arbeit bekommen haben.

Im Laufe des Sommers wurden Prämien an die Arbeiter verteilt. Und zwar erhielten die Arbeiter, die seit Kriegsausbruch beschäftigt waren, 5 Mk., die länger beschäftigten 20 Mk. Ob diese Prämie jedes Jahr verteilt werden soll oder ob es sich nur um eine einmalige Prämie handelt, ist nicht festzustellen.

Norddeutsche Präparaten-Fabrik Seydorn u. Siegel. Die Arbeiter dieses Betriebes kamen im Juli zusammen und beantragten die Organisationsleitung, der Firma ein Gesuch um Erhöhung des Stundenlohnes um fünf Pfennig zu unterbreiten. Die Firma antwortete, sie sei leider nicht in der Lage, unserer Anregung Folge zu geben. Einer Kommission der Arbeiterchaft wurde erklärt, daß die Firma den Betrieb schließen müsse, falls die Arbeiterchaft auf höhere Löhne bestehen würde. Da die Lager überfüllt waren, wurde von weiteren Schritten Abstand genommen.

Als kurze Zeit darauf aber sechs Arbeiter ihre Tätigkeit einstellten und sich besser bezahlte Arbeit suchten, konnte die Firma mit einem die Zulage von fünf Pfennig die Stunde gewähren. — Aus Mangel an männlichen Arbeitskräften stellte die Firma Frauen ein, die mit 3,50-Mark den Tag entlohnt wurden. Die später eingestellten Frauen erhielten dagegen nur 2,70 Mk., so daß sich die Frauen alle veranlaßt sahen, dagegen vorstellig zu werden. Hierauf erhielten alle Frauen 3,50 Mk. den Tag.

Harburger Salpeterfabrik E. Eger. Im Januar reichten die Arbeiter ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage ein. Die Firma bewilligte eine tägliche Zulage von 20 Pf.

Harburger Chemische Werke Schön u. Co. Die Arbeiter wandten sich mit einem Gesuch an die Firma, den Stundenlohn von 49 Pf zu erhöhen. Die Firma bewilligte eine Teuerungszulage von 6 Mk. monatlich, die am Mittwoch nach dem Ersten eines Monats zu Auszahlung gelangt. Die Zulage soll jedoch nur für volle Monate in Betracht kommen, und zwar nur vom Ersten bis Letzten des Monats gerechnet. Später wurde die Teuerungszulage auf 10 Mk. für Ledige und 20 Mk. für Verheiratete erhöht.

Vereinigte Gummifabriken Harburg-Wien. Am 10. April reichten die Arbeiter und Arbeiterinnen ein m. vielen Unterschriften versehenes Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage ein. Am 5. Juni wurde daraufhin der Stundenlohn für männliche um 2 1/2 Pf., für weibliche Arbeiter um 3 Pf. erhöht. Obwohl die Zulage nicht ganz so ausgefallen war, wie die Arbeiterchaft dies gewünscht, erklärte sie sich doch mit dem Zustand einverstanden. Auch sollte der Abschluß des Geschäftsjahrs abgewartet werden, um dann erneut zu der Frage Stellung zu nehmen. Anfang November beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in einer überfüllten Versammlung erneut mit der Lohnfrage. Beschlossen wurde, ein Gesuch um Lohnzulage durch die Verbandsleitung einzureichen. Es sollte geordert werden eine Lohnerhöhung von fünf Pfennig die Stunde für die weiblichen und sechs Pfennig für die männlichen Arbeiter. Für Ueberstunden sollten, statt bisher fünf Pfennig nun 15 Pfennig und für Sonntagsarbeit 25 Pfennig Zuschlag gezahlt werden. Das Gesuch wurde durch die Verbandsleitung eingereicht. Vom 1. Dezember an bewilligte die Firma eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Außerdem erhalten bei der Nachschicht die Frauen 40 Pf. und die Männer 50 Pf. Zuschlag für eine Schicht.

Kautschukwerke Dr. H. Traun u. Söhne. Die Firma bewilligte Anfang April „freiwillig“ eine Teuerungszulage von 1 Mk. pro Kopf und Woche. Ledige Arbeiter erhalten demnach eine wöchentliche Zulage von 1 Mk., Verheiratete 2 Mk. und für jedes Kind eine Mark mehr.

Internationale Galalith-Gesellschaft Goff u. Co. Nach Beendigung der Bewegung auf der Gummifabrik Harburg-Wien haben wir die organisierten Arbeiter der Galalith im Juni zu einer Besprechung zusammengerufen, um auch hier die Frage einer Teuerungszulage zu besprechen. Die Firma hat jedenfalls Mitteilung von unserer Zusammenkunft erhalten und bewilligte „freiwillig“ eine Teuerungszulage von 2 Mk. die Woche für die verheirateten Arbeiter. Gehalt wurde die Zulage vom 15. Juli an.

Fr. Thörl's Vereinigte Harburger Oelfabriken. Durch den Arbeiterauschuss wandten wir uns im Frühjahr an die Firma um Erhöhung, die gewährte Teuerungszulage von 2 bis 3 Mk. der Lohnen entsprechend zu erhöhen. Die Firma bewilligte eine wöchentliche Erhöhung von 75 Pf. — Im August wurde der Arbeiterauschuss von einer Lohnerhöhung von täglich 50 Pf. zu beantragen (Dietelbein wurde von allen Oelfabriken an Orte angestellt). Auf diesen Verhandlungen wurde eine Zulage von 25 Pf. täglich bewilligt. Ende November fand wieder eine Betriebsversammlung statt, in der der Arbeiterauschuss beauftragt wurde wegen Abgabe von Del und Erhöhung des Lohnes für die Arbeiterinnen vorstellig zu werden. Die allgemeine Versammlung sollte am 15. November stattfinden. Die Firma bewilligte die Lohnerhöhung von 20 Pf. täglich für die Arbeiterinnen und 30 Pf. für die Arbeiter. Außerdem erhielten folgende Lohnzulagen bewilligt:

Table with 2 columns: Category and Amount. For example: Für Arbeiter ohne Kinder 0,95 Mk., Für Arbeiter mit 1 Kind 1,05, Für Arbeiter mit 2 Kindern 1,15, Für Frauen und jugendliche Arbeiter 0,70.

Bei Ueberstunden wird der bisherige Zuschlag von 25 Prozent auf den Grundlohn gezahlt. — Für Sonntagsarbeit wird, unter Fortlassung der bisher als Erwerbsvergütung bewilligten 25 Prozent bzw. 50 Pf. für die halbe bzw. ganze Schicht ein Lohnzuschlag von 50 Prozent auf den Grundlohn bewilligt. Nachtarbeitnehmer erhalten für Sonntagsarbeit eine Vergütung von 2 Mk. die Schicht.

Mit diesem Zuschlag ist die Firma bei der erwartenden Lohnforderung zurückgeblieben. Gleichzeitig geht ein lautes Geheuer Rausch der Arbeiter in Erfahrung, daß die Zulage nur wöchentlich zur Auszahlung gelangt. Harburger Oelfabrik Brindman u. Kergell. Die Firma bewilligte eine Teuerungszulage von 25 Pf. täglich bewilligt, mehr konnte sie nicht geben. — In Verhandlungen wurden Gehälter bis zu 50 Mk. als Teuerungszulage angefordert.

Delwerke Teutonia. Die Firma erhöhte im Frühjahr die bereits im vorigen Jahr gewährte Teuerungszulage von fünf auf zehn Prozent. Als wir im August mit der Firma Thörl unterhandelten und eine Verhandlung für alle in der Delindustrie beschäftigten Arbeiter einberufen war, erhöhte zwei Tage vor Eintritten der Verhandlung die Firma die Teuerungszulage von zehn auf fünfzehn Prozent. Auf unser Schreiben wegen der Zulage von fünfzig Pfennig antwortete die Firma:

Unserem Herrn werten Schreiben vom 13. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir im Prinzip nur mit unseren eigenen Arbeitern wegen Lohn zu verhandeln wünschen und falls daher die bei uns beschäftigten Arbeiter notwendige Wünsche in bezug auf Lohn haben sollten, so sind wir bereit, dem Wunsch unserer Arbeiter Gehör zu schenken.

Auch hier wieder die Beratung um einen Arbeiterauschuss, der gar nicht vorhanden ist, nur ein Nichts mit der Organisation erledigen zu müssen. — Die gewährte Erhöhung der Teuerungszulage von zehn Prozent entspricht der gewährten Zulage der Firmen Thörl und Brindman u. Kergell. Die Arbeiter der Teutonia erklärten sich deshalb mit der Zulage einverstanden.

Kalkwerkfabrik Koch u. Co. Auf unser Schreiben wegen einer Zulage von 30 Pf. den Tag bewilligte die Firma noch eine Teuerungszulage von 30 Pf. täglich und Anfangs November noch eine weitere Zulage von 40 Pf. täglich. Da die Firma schon im März 20 Pf. Zulage gezahlt hatte, ist der Lohn insgesamt um 1 Mk. täglich gestiegen.

Vereinigte Schmirgel- und Kaolinen-Fabriken A. G. Im Auftrag der Arbeiterchaft reichten wir am 30. Mai ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage von zehn Prozent ein. Bei der abgehaltenen Verhandlung bewilligte die Firma eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes von 2 Mk. für männliche und 1 Mk. für weibliche Arbeiter. — Am 16. November reichten wir ein weiteres Gesuch um Lohnerhöhung ein.

Nach Verhandlungen mit uns bewilligte die Firma eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. die Woche für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Lumpenfortieranstalt Gebrüder Salomon. Die männlichen Arbeiter wurden vorstellig und erhielten eine Zulage von täglich 50 Pf. — Die Arbeiterinnen verbieten im Abend sehr wenig, weil sie für den Zentner zu fortieren nur 85 Pf. für gute und 35 Pf. für schlechte Ware erhielten. Früher war mehr gute Ware zu verarbeiten, in letzter Zeit dagegen meistens schlechte. Auf das Vorstelligwerden der Arbeiterinnen hatte die Firma nur die Antwort, daß sie Frauen genug bekommen könnte. Wir riefen deshalb die Organisierten zusammen und verständigten uns, daß wir diese Sache dem Generalkommando unterbreiten wollten. Nun konnte die Firma den Satz für den Zentner zu ortieren von 85 Pf. auf 1 Mk. und von 35 Pf. auf 75 Pf. erhöhen. Die Lohnarbeiterinnen erhielten eine Teuerungszulage von 3 Mk. wöchentlich.

Drillettwerke Elbe und Drillettwerke und Kohlen- u. Aufbereitungsanstalt Stinnes. Gemeinsam mit dem Transportarbeiter-Verband reichten wir im Auftrage der beschäftigten Arbeiter ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage von fünfzehn Prozent ein. Eine Antwort erhielten wir nicht. Bei der darauf folgenden Verhandlung erklärte die Betriebsleitung, nur mit ihren Arbeitern verhandeln zu können. Die Firma bewilligte dann eine Zulage von 2 Pf. die Stunde, aber nicht für alle Arbeiter. Die ledigen und jugendlichen Arbeiter gingen leer aus.

Harburger Stärkefabrik Fr. Thörl. Die Firma gewährte zu dem Stundenlohn von 45 Pf. noch eine Teuerungszulage von 3 bis 8 Pf. die Stunde. Die Jugendlichen erhielten meistens keine Teuerungszulage. Auf ein mit Unterschriften versehenes Gesuch bewilligte die Firma den Arbeitern die zwei Kinder und mehr haben, noch eine Zulage von 2 Pf. die Stunde. Ebenfalls erhielten die Arbeiterinnen 2 Pf. Zulage. Alle Versuche, diese Zulage allen Beschäftigten zu verschaffen, waren erfolglos.

An Unterstützungen aus der Hauptklasse wurden ausbezahlt:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Arbeitslosen-Unterstützung (1 645,80 Mk.), Kranken-Unterstützung (10 475,20), Umzugsgehalt (90,00), Sterbegeld (3 055,00), Weihnachts-Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer (8 070,00), Unterstützung aus der Lotallasse (2 266,65), Insgesamt (25 602,65 Mk.).

Die allgemeine Verbandsaktivität war durch den Krieg ungemein rückwärts. Das Fehlen der Funktionäre wirkte sehr oft recht fühlbar. kaum waren Vertrauensleute eingesetzt, so wurden sie wieder eingezogen und die Arbeit mußte von vorn beginnen. Auch konnten wir nicht wie in Friedenszeiten einfach Betriebs-Versammlungen einberufen. Sehr schwer war auch die Tätigkeit bei den Lohnbewegungen. Da haben wir zunächst die Organisierten schriftlich eingeladen, dann noch eine Versammlung der Organisierten abgehalten und dann kam endlich die Betriebs-Versammlung, die dann die Einreichung des Lohngesuchs beschloß. Auch die Sammlung von Adressen zur Hausagitation gestaltete sich sehr mühselig. Dabei muß bemerkt werden, daß die ganze Bureaukratie auf einem Angelegten mit Hilfe der beiden Einlassierer erledigt wurde. Im Laufe des Jahres haben wir durch den Krieg sehr schwere Verluste erlitten. Ende Mai fiel unser Kollege Friedrich Tschö und Ende Juli unser Kollege Max Heibrich. Beide haben sich schon in ihren jungen Jahren der Organisation angeschlossen und stets an vorderster Stelle standen. Der Ortsverwaltung haben beide Kollegen lange Zeit angehört. Seit 1. Oktober 1912 war Friedrich Tschö als angestellter Hilfsarbeiter tätig und jahrelang als Sektionsleiter der Delindustrie. Auch unter den im Jahre 1916 gefallenen Kollegen befindet sich mancher tüchtige Kollege. Die Zahlstelle wird allen ein ehrendes Andenken bewahren.

Am Jahresfchluß waren insgesamt eingezogen 2305 Mitglieder; von denen sich 158 Mitglieder zurückgemeldet, so daß noch 2147 Mitglieder im Geeresdienst sind. Gefallen sind davon insgesamt 212 Mitglieder und von den Aktiven, Jahrgang 1912 und 1913, zusammen 16, so daß wir in gesamt 228 Mitglieder durch den Krieg verloren haben, von 67 im Jahre 1916.

Mit den Kollegen im Felde stehen wir in Verbindung. Im zirkulären Briefe tütigen Kollegen wird der „Proletarier“, das Mitteilungsblatt und die „Sozialistische Post“ gesandt.

Eingetreten sind 284, zugerechnet 24, übergetreten 3, vom Geeresdienst zurück 125 Mitglieder zusammen 436 Mitglieder. Ausgetreten sind 77, abgereist 57, übergetreten 1, zum Geeresdienst 16, vom Geeresdienst entlassen, aber die Mitgliedschaft nicht fortgesetzt, am Orte geblieben 23 Mitglieder, zusammen 390. Befand am 1. Dezember 1916 1004 männliche und 353 weibliche gleich 1357 Mitglieder.

Im zweiten Kriegsjahre 1916 haben wir eine Mitgliederzunahme verzeichnet. Wenn diese Zunahme auch nur 46 beträgt, so ist sie in so hoch anzuschlagen, weil 91 Mitglieder mehr zum Geeresdienst nachgezogen sind, als sich zurückgemeldet haben. Das ist eine Belohnung für unsere Tätigkeit, und alle Kollegen, die mit uns für Ausbreitung der Organisation gewirkt haben, sehen daß ihre Arbeit im Dienste der Sache auch Früchte trägt. Mit neuem Eifer werden diese Kollegen im neuen Jahre an ihre Arbeit gehen, und hosientlich beteiligen sich noch mehr Kollegen an der Agitationsarbeit.

Die Agitation wurde vom Mai an sehr lebhaft betrieben. Der Erfolg zeigt sich in der Zahl der Annahmen. Während wir im ersten Kriegsjahre nur 16 Annahmen hatten, stieg diese Zahl im zweiten Vierteljahr auf 32. Im dritten Vierteljahr waren es 112 und im vierten Vierteljahr 121 im ganzen 284 Annahmen. Davon sind allein von der Harburg-Wien 101 Annahmen zu verzeichnen. Mit der Zunahme der Lohnbewegungen steigerte sich auch die Annahmen. Für einige Betriebe haben wir noch Hausagitation veranstaltet. So ist z. B. der größte Teil der Annahmen von der Harburg-Wien auf Hausagitation zurückzuführen. Es wäre nicht richtig, alle Erfolge bei der Agitation auf Hausagitation zurückzuführen, sondern alle Agitationsarten wirken zusammen. Ein gut ausgearbeitetes Funktionärssystem mit Betriebsversammlungen und mündlicher Agitation wird zusammen mit der Hausagitation auch Erfolge aufweisen können. Deshalb ist es auch erwünscht, daß sich alle Mitglieder aktiv am Verbandsleben beteiligen und sich genügend Kollegen zur Hausagitation weiden.

Auch der Umsatz der Beitragsmarken ist für das Jahr 1916 sehr gut. Wir haben einen durchschnittlichen Markenumsatz von 51,87 Marken. Selbst wenn man berücksichtigt, daß das Jahr 1916 53 Beitragswochen hatte, so ist dies ein guter Markenumsatz, weil 284 Mitglieder neu eingetreten sind. Aus diesem Markenumsatz ist zu ersehen, daß Papierlohnen nicht bei uns zu finden sind. Im verflohenen Jahre wurden 124 rückständige und ausstehende Mitglieder noch einmal durch unsere Distriktsleiter eingezogen; davon erklärten sich 77 Mitglieder zum Nachzahlen, bzw. Weiterzahlen bereit, bei der letzten war das Nachzahlen ohne Erfolg.

Allgemeine Mitgliederversammlungen fanden vier statt. Für die Kriegsjahre haben wir uns Anlaß der Weihnachtsunterstützung fünf Versammlungen ab, die gut besucht waren. Es konnte in diesen Versammlungen den Frauen der eingezogenen Mitglieder die Tätigkeit der Organisation vor Augen geführt werden. — Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in 18 Sitzungen.

Trotz der harten Forderung zeigt der Bericht, wieviel die Organisation erreichen kann, wenn einzig an ihrem Ausbau gewirkt wird. Wir haben bei 17 Lohnbewegungen für insgesamt 2591 Personen 4851,95 Mk. Lohnerhöhung erzielen können. Das ist durchschnittlich für jeden einzelnen 1,90 Mk. die Woche. Das Entscheidende dabei ist, daß eine ganze Reihe Personen hauptsächlich Lohnbewegungen erhalten haben, bei den Arbeitern der Chemischen Fabrik Harburg-Staßfurt beträgt die wöchentliche Lohnerhöhung zum Beispiel 6 Mk. Wenn auch durch diese Lohnerhöhung leider noch kein Ausgleich zwischen Lohn und verdieneter Lebenshaltung erzielt ist, so ist aber jedenfalls der Mehrbetrag sehr gut zu gebrauchen. Kann angefaßt der Erfolge bei den Lohnbewegungen und der gezahlten Unterstützungen noch jemand ernstlich bezweifeln, die Organisation leistet nichts? Das ist im Jahre 1916 nicht so oft wie früher ausgesprochen worden. Selbst die Unorganisierten müßten anerkennen, daß die Organi-

tion viel geleistet hat. Aber leider konnte ein großer Teil den Weg noch nicht zur Organisation finden. Diesen Unorganisierten den Weg zu zeigen, muß für das Jahr 1917 unsere Aufgabe sein. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, auf zu neuer Arbeit und zu neuen Erfolgen im Jahre 1917!

Blin a. Rh., 400 Neuaufnahmen hat die Zahlstelle Köln im Monat Januar erreicht, davon 303 weibliche und 97 männliche. Durch die Hausagitation wurden an vier Sonntagen 59 Mitglieder gewonnen. Die überaus niedrigen Löhne in den hiesigen Munitionsanstalten haben zu Bewegungen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt, wodurch schon einsehlich Lohnaufbesserungen für die Arbeiterchaft erreicht wurden. Trotzdem sind die Löhne noch zu gering. Von der Not dazu getrieben, hat die Arbeiterchaft die Organisationsleitung beauftragt, beim Kriegsamte in Berlin eine weitere Lohnerhöhung zu beantragen. Noch schlimmer steht es mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den übrigen Fabriken. Auch über die familiären Einrichtungen gehen uns täglich Klagen zu. Es fehlt an Ventilatoren, Abortanlagen, Wasch- und Badeeinrichtungen. Neuerdings sind uns auch Beschwerden zugegangen, daß die Schmelzarbeiter in der chemischen Fabrik in Knapstad und auf der Pulverfabrik in Wahn keine Brot- und Zeitulagen erhalten. Es ist daher die höchste Zeit, daß gegen jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Front gemacht wird und in allen Betrieben durch den Ausbau der Organisation die Arbeitsverhältnisse erträglicher gestaltet werden. Aber Einigkeit und Geschlossenheit sind notwendig! Daher sorg und agitiert, bis auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin für unsern Verband gewonnen werden. Einigkeit in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands! P. Hertwig.

### Rundschau.

#### Kohlrüben, Wruken, Bodentohrabi, Stetrüben aufstatt Kartoffeln.

Vom Kriegsernährungsamt geht uns folgender Aufruf mit der Bitte um weitestete Verbreitung zu:

Das Wohl des Vaterlandes fordert gebieterisch, mit unsern Kartoffelvorräten bis zur kommenden Frühkartoffelernte zu reichen und deshalb die Kartoffeln so lange aufzusparen, wie das vortreffliche Ersatzmittel, nämlich die Kohlrübe, für die menschliche Ernährung zu Gebote steht. In frischem Zustande kommt sie für diese Zwecke nur bis Ende März in Betracht, da sie später an Güte des Geschmacks wesentlich verliert.

Die außerordentlich schlechte Kartoffelernte des Jahres 1916 macht es erforderlich, auf Kohlrüben als Ersatz für Kartoffeln in großem Umfang zurückzugreifen, weshalb der Präsident des Kriegsernährungsamts die Anweisung ergehen läßt, daß im Hinblick auf die Unmöglichkeit, Kartoffeln in genügenden Mengen heranzuschaffen, den Städten Kohlrüben, und zwar in der doppelten Menge des ausfallenden Kartoffelquantums, zugewiesen werden. Es darf sich niemand sträuben, die Kohlrüben anstatt der Kartoffeln auf den Tisch zu bringen, und es muß unbedingt der Gebrauh vorgebeugt werden, daß jetzt die vorhandenen geringen Kartoffelmengen verzehrt werden, denn nach Verbrauch derselben würde die Bevölkerung lediglich auf den Genuß von Kohlrüben angewiesen sein. Die vorhandenen Kartoffelvorräte müssen daher durch Kohlrüben in möglichst weitem Umfang gestreckt werden. Dies kann dadurch geschehen, daß an Kartoffeln soviel wie irgendmöglich, gepart wird und auf den Tisch Kohlrüben gerichte kommen.

Aus Kohlrüben kann — vielfach sogar mit weniger Arbeit als bei Kartoffeln — eine große Zahl schmackhafter, bekömmlicher und nahrhafter Gerichte bereitet werden. Für jede Hausfrau muß daher heute und für die nächste Zeit die Lösung gelten:

„Kohlrüben statt Kartoffeln“.

Wir geben den Aufruf hier wieder, können dabei jedoch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß einmal die Mahnung reichlich spät kommt, weil die Kohlrüben schon in kurzer Zeit für die menschliche Ernährung unbrauchbar werden, und daß andererseits die Verteilung der vorhandenen Kartoffeln alles zu wünschen übriggelassen hat. Der Kartoffelmangel in den Städten ist nicht allein die Folge einer schlechten Ernte, sondern fast noch mehr die Folge der verkehrten Verteilungsmaßnahmen des Kriegsernährungsamts.

### Verbandsnachrichten.

#### Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!

Die Auszahler aller Unterstützungen, besonders der Erwerbslosenunterstützung, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchnummern genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterstützung gültige Mitgliedsnummer deutlich und richtig einzutragen. Diese neue Nummer darf nicht vergessen oder mit der alten verwechselt werden.

Die Aussteller der Bücher werden ersucht, auf den vollen Büchern oder Karten die Nummer des neuangestellten Buches aufzuschreiben. Dadurch wird der Zahlstelle das Ordnen und Nachsuchen, der Hauptstelle das Kontieren und Eintagen in die Kartothek wesentlich erleichtert, bei Vermeidung einer Mitgliederliste ein Nachweis erst ermöglicht.

Die vollen Bücher und Karten sind mit den dazugehörenden Listen immer so schnell als möglich einzusenden.

#### Das „Korrespondenzblatt“.

Nr. 6 liegt dieser Nummer nicht bei; es folgt nächste Woche.

Vom 6. Februar an gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein: Kolbermoor 180,75, Schönbürg i. M. 20,05, Dr. G. Dröffer 50,—, Ulm a. D. 63,91, Schorndorf 17,95, Reutlingen 13,73, Köln 15,—, München 10,65, Potsdam 562,85, Erevha a. d. E. 150,—, Potsdam 50,—, Düsseldorf 37,68, Mannheim 4400,—, Neustadt a. d. O. 49,47, Elbing 600,—, Gomminger 102,20, Buzlau 67,09, Wangen 18,79, Schwern i. M. 9,38.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Brudmühl 5,—.

Schluß: Montag, den 12. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1916 haben eingekandt: Kolbermoor, Treptow a. N., Wangen, Reutlingen, Ulm a. D., Schorndorf, Pforzheim, Alsen i. B., Schoppeim, Freiburg, Heidelberg, Saargemünd, Speyer, Halse, Schönbürg, Wschaffenburg, St. Ingbert, Neustadt a. d. Saar, Diersheim, Potsdam, Schwern.

#### Neue Adressen und Adressenänderungen.

Dömitz, Chr. Lembke, Klein-Schmölen, Konrad Langhein, Dömitz, Hagenstraße 5. Gomminger, Franz Diehl, Fehldorferstraße 29. Joseph Schilling, Rheinbrohl, Marienstraße 10. Köln, Baumann eingezogen. Karl Heise, Zimmerstraße. Karl Damerow, Marienstraße 16. Markantast, Hermann Georgi, Hütelfstraße 9, 2. St. Max Hof, Eichenbühlstraße 4, 1. St. Kottbus, Peter Freichen. Frau M. Freitag, Fritschenteerstraße 16, 1. St. Schwern, Willi Hohlheid, Friedhofstraße 64 F. Hedwig Heinter, Kirchstraße 4.